

André Steiner

Die wirtschaftlichen Ursachen des Volksaufstandes am 17. Juni 1953

Anfang der fünfziger Jahre erschien es vielen Menschen auch in der DDR nach den Jahren der Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufwärts zu gehen. Trotzdem hatte die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft erst etwa 70 % ihres Vorkriegsniveaus erreicht. Damit lag sie ein Drittel hinter der Westdeutschlands zurück. Dafür waren nicht nur Kriegszerstörungen, sowjetische Demontagen und Reparationen aus laufender Produktion verantwortlich. Mehr noch folgte der Rückstand aus der Anfang der fünfziger Jahre abgeschlossenen Transformation zu einer Planwirtschaft. Neben dem Verlust an unternehmerischem Potential war die Planung zunächst von Inkompetenz und Chaos geprägt. Noch größer als bei der Produktivität war der Rückstand beim Konsum: Er belief sich Anfang der fünfziger Jahre pro Kopf der Bevölkerung auf etwas mehr als die Hälfte des Vorkriegsstandes bzw. des der Bundesrepublik. Viele Lebensmittel und Konsumgüter wurden nach wie vor rationiert, wobei sie auf Karte relativ billig zu haben waren. Der darüber hinaus gehende Bedarf mußte zu sehr hohen Preisen in der HO befriedigt werden, was sich aber die Mehrheit der Verbraucher nicht leisten konnte.

Angesichts des wirtschaftlichen Rückstandes der DDR gegenüber Westdeutschland zielte der Beschluß der 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952, in der DDR den "Sozialismus planmäßig aufzubauen", auch darauf, den Konkurrenten zu überholen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der fortschreitenden Einbindung der DDR in den Ostblock sollten nun die Investitionen in der Industrie noch mehr als bereits zuvor in die Schwerindustrie umgeleitet werden. Außerdem war eine Armee zu schaffen. Der Konsum erschien in den politischen Zielen nur noch am Rand. Auf dem Land sollten Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) gebildet und damit die Transformation der Wirtschaft vorangetrieben werden.

Früher spontan entstandene Gemeinschaften erschienen nun als Vorbild, wie die von 22 Neubauern in Merxleben (Thüringen), die die SED noch 1951 aufgelöst hatte. Es war die durch die Bodenreform von 1945 verursachte wirtschaftliche Misere der Klein- und Kleinstbauern, die sie in den Zusammenschluß trieb. Die Eingriffe in die Agrarwirtschaft nach 1945 bis 1952 waren nicht so sehr Momente einer gezielten "Sowjetisierung". Vielmehr sollten sie zunächst die landwirtschaftliche Produktion konsolidieren. Mit der Schaffung einer großräumigen Agrarstruktur durch die Kollektivierung hoffte die SED, die Agrarproduktion sprunghaft steigern zu können.

Durch ungünstige Witterungsbedingungen, verstärkt durch die Unruhe, die die Kollektivierungskampagne auslöste, kam es 1952 aber zu einer Mißernte. Gleichwohl wurde das Ablieferungssoll der Bauern für 1953 noch höher geschraubt und damit ihre Leistungsfähigkeit überfordert. Viele gingen in den Westen, denn wer die Pflichtablieferung nicht einhielt wurde zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt. Nicht wenige enteignete man auch und übergab ihre Höfe den LPG zur Bewirtschaftung. Die LPG wurden dagegen zunehmend gefördert und ihre Zahl stieg von Januar bis Mai 1953 mittels Druck und Zwang auf mehr als das Zweieinhalbfache. Die Frühjahrsbestellung 1953 zeigte aber gerade in den LPG gravierende Mängel. Sie waren vor allem durch den Mangel an Fachkräften und die ungenügende Qualität des Maschinenparks verursacht. Bei der ohnehin bereits angespannten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Versorgungslage für Grundnahrungsmittel ließ die Situation auf dem Land nun zudem keine gute Ernte erwarten.

Ähnlich wie auf dem Land ging man 1952/53 gegen private Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe vor. Hier wurde zunächst das Wirtschaftsrecht bei echten oder vermeintlichen Verstößen gegen die staatlichen Lenkungsmaßnahmen rigoros angewendet. Ab November 1952 wurden zusätzlich die bereits im Frühjahr angehobenen Abgaben und Steuerrückstände unerbittlich eingetrieben, Kredite gekündigt oder verweigert und schließlich Betriebe konfisziert. Die Zahl der privaten Betriebe und ihre Produktion schrumpften in einem knappen halben Jahr um mehr als ein Zehntel. Das Angebot sowohl von Vorleistungen für die Industrie als auch von Konsumgütern für die Bevölkerung ging zurück.

Auch der Aufbau der Armee schlug volkswirtschaftlich zu Buche. In Folge des Korea-Krieges und der gewachsenen Kriegsangst wurde in West und Ost verstärkt gerüstet. Zwar hatte sich die SED-Spitze schon früher um verdeckte Aufrüstung bemüht, aber nun sollte auf "Anregung" Stalins vom April 1952 ein gigantisches Aufrüstungsprogramm kurzfristig in die Tat umgesetzt werden. Die Sowjets empfahlen, für den "Aufbau nationaler Streitkräfte" bei der Sozialversicherung und -fürsorge zu sparen, den Konsum der Bevölkerung zu drosseln und die Besitz- und Einkommenssteuern zu erhöhen. Importe kamen mehr und mehr der Schwerindustrie und der Aufrüstung zugute. Die Rüstungsproduktion beanspruchte erhebliche Mittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte und auch Baukapazitäten, die zu Lasten des zivilen Sektors umverteilt werden mußten. 1952/53 verschlang das Rüstungsprogramm über 2 Mrd. Mark. Damit erwies sich die Volkswirtschaft schnell überfordert.

Bereits Ende 1952 realisierte die SED-Spitze, daß "die Erfüllung des Planes 1952 durch den Aufbau der nationalen Streitkräfte besonders erschwert wurde". Aber erst Anfang Februar 1953 übermittelte sie der Sowjetführung, daß die DDR nicht in der Lage sei, Reparationen, Exportverpflichtungen, Aufrüstung, schnelle Entwicklung der Grundstoff- und Schwerindustrie, verbesserte Versorgung der Bevölkerung sowie Stärkung der Staatsreserven unter einen Hut zu bekommen. Die SED-Spitze erwartete, daß die Versorgung der Bevölkerung noch schlechter als 1952 werden würde. Sie bat in Moskau, die Hauptaufgaben zu überprüfen. Daraufhin beschloß die Sowjetregierung im April 1953, einen Teil der ostdeutschen Schulden zu erlassen, die Reparationen zu reduzieren und die Lieferungen von Kupfer, Stahlwalzmaterial sowie - und das war besonders wichtig - von Koks, Eisenerz und Getreide in die DDR zu erhöhen. Außerdem sollten die Militärausgaben um ein Drittel gekürzt werden. Das reichte aber nicht, um die angespannte Situation schnell zu entspannen.

Die ohnehin schon prekäre Lage der Verbraucher gestaltete sich im Frühjahr 1953 zunehmend dramatisch. Da war zum einen die Mißernte des Vorjahres. Zum anderen wurden Lebensmittel vorrangig ans Militär und die Staatsreserve geliefert. Es fehlten besonders Butter, Margarine, Gemüse, Fleisch und Zucker. Darüber hinaus kam es oft zu Stromsperrern. Auch wollene Kleidung, Lederschuhe und Mäntel waren nur selten zu bekommen. Als im April 1953 die Rationierung für Textilien und Schuhe aufgehoben wurde, senkte man die HO-Preise um 15-20 %, was gegenüber den früheren Kartenpreisen aber einen Anstieg um 50 % und mehr bedeutete. Besonders ins Gewicht fiel, daß selbst die Kartenpreise für Fleisch und Wurst um 10-15 %, auch die für Eier angehoben wurden. Kunsthonig und Marmelade zogen um 40 % an. Schließlich wurden die Ermäßigungen (bis zu 75 %) der Preise für Arbeiterfahrkarten gestrichen. Damit sollten die private Nachfrage und Subventionen reduziert sowie der Staatshaushalt entlastet werden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Da jedoch die Mittel für die zusätzlichen Aufgaben nach wie vor nicht reichten und die Arbeiter als "herrschende Klasse" zunächst nicht belastet werden sollten, wollte die SED bei den Mittelschichten neue Geldquellen erschließen. Im Frühjahr 1953 erhöhte sie die Einkommens- und Handwerkersteuer. Selbständige wurden aus der allgemeinen Kranken- und Sozialversicherung ausgeschlossen und konnten sich nur zu höheren Tarifen in einer neugebildeten Versicherung absichern. Die billigen "Sonderzuteilungen" für die "schaffende Intelligenz" wurden abgeschafft. Darüber hinaus entzog man allen DDR-Bürgern mit Gewerbe oder Arbeitsplatz in Westberlin sowie allen Selbständigen und freiberuflich Tätigen sowie ihren Angehörigen (bis auf Kinder unter 15 Jahren) - insgesamt etwa 2 Mio. Menschen - die Lebensmittelkarten, so daß sie ihren Bedarf nur noch in den HO-Läden befriedigen konnten. Damit stiegen ihre Ausgaben für Nahrungsmittel um bis zu 120 %. Jedoch waren Butter, Margarine, Öl und Zucker ganz sowie Fleisch weitgehend aus dem Angebot der HO-Läden verschwunden. Daher erschien vielen die Flucht als einziger Ausweg. Bei den Zurückbleibenden erhöhten all diese Maßnahmen den Unmut beträchtlich und erreichten dabei nicht einmal ihr Ziel, die Finanzlücke zu schließen. Aber auch das Warenangebot konnte so nicht erhöht werden.

Deshalb sollten nun auch die Arbeiter - über die bereits zu ertragenden höheren Preise und den Mangel an Konsum waren hinaus - einen größeren Beitrag zum "Aufbau des Sozialismus" leisten. Dazu war die Lohnentwicklung stärker der der Arbeitsproduktivität anzupassen, was ursächlich mit dem schon lange schwelenden Problem der Arbeitsnormen zusammenhing. Die SED befand sich hier in einem grundlegenden Dilemma: auf der einen Seite legitimierte sie ihre Herrschaft als "Arbeiter-und-Bauern-Staat" und der überwiegende Teil der Industrie befand sich im "Volkseigentum". Tatsächlich handelte es sich aber um Staatseigentum. Deshalb mußte die den Staat beherrschende SED andererseits wie ein Unternehmer von den Arbeitern im Interesse des Wirtschaftswachstums höhere Leistungen fordern. Infolge dieses Dilemmas hatte man sich auf diesem Feld bis dahin recht vorsichtig bewegt, auch wenn die Normen als Leistungsvorgabe tatsächlich zu niedrig lagen und zu 175 bis 200 % erfüllt wurden. Jedoch waren die Grundlöhne im Verhältnis zu den Preisen so gering, daß nur die mit übererfüllten Normen erzielten Lohnzuschläge einen auskömmlichen Lebensstandard garantierten. "Gerechte" Leistungslöhne waren aber auch kaum möglich, weil von den Arbeitern nicht zu verantwortender Material- und Energiemangel immer wieder Produktionsstörungen verursachte. Deshalb widersetzten sich die Arbeiter den zunächst auf freiwilliger Basis eingeforderten Normenerhöhungen, die für sie Lohnsenkungen bedeuteten. Daher beschloß die SED-Spitze am 14. Mai 1953, den Ministerrat zu veranlassen, "die für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 %" zu erhöhen. Damit stiegen der Druck und die Unruhe in den Betrieben.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Mit Verweis auf die "ernste Unzufriedenheit unter den breiten Massen der Bevölkerung" drängen nun die Sowjets Anfang Juni in Moskau die SED zu einer milderen Politik. In einem "Neuen Kurs" sollte nunmehr die Konsumgüterindustrie stärker entwickelt, zwangsweise entstandene und nicht lebensfähige LPGs aufgelöst und die steuerliche Belastung der privaten Gewerbetreibenden, Händler und Bauern reduziert werden. Schließlich erklärte die SED-Spitze am 11. Juni 1953, daß die gegenüber den Einzelbauern, privaten Unternehmern und Einzelhändlern, Handwerkern und der Intelligenz getroffenen restriktiven Maßnahmen korrigiert werden sollten. Beschlagnahmtes Eigentum war den aus dem Westen Heimkehrenden zurückzuerstatten oder Ersatz zu leisten. Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen. Der "Neue Kurs" sollte die Lebenshaltung der Bevölkerung verbessern. Jedoch die Normenerhöhung wurde als Krisenmoment nicht beachtet, ihre Brisanz vielmehr unterschätzt, obwohl Berichte über die deshalb äußerst angespannte Stimmung in den Betrieben vorlagen. Das Politbüropapier mußte in dieser Situation wie ein Zünder wirken: Allen bis dahin benachteiligten Gruppen wurden Zugeständnisse gemacht; lediglich die Arbeiter blieben außen vor. Dabei war es schon im Winter 1952/53 und Mai 1953 zu kleineren Streiks gekommen. Die SED-Führer, die sich als Repräsentanten der vermeintlich herrschenden Arbeiterklasse verstanden, setzten genau diese gegenüber anderen Schichten zurück, was von wenig politischem Fingerspitzengefühl zeugte. Das war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen und zunächst die Bauarbeiter auf die Straße brachte.

[Quelle: Unter dem Titel „Steigende Preise, Mangel an Konsumwaren. Wie die schlechte wirtschaftliche Situation in der DDR 1952/53 die Unzufriedenheit in der Bevölkerung schürte“ erstmals erschienen in: Berliner Zeitung 14./15. Juni 2003, S. 32; Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Priv.Doz. Dr. André Steiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---